

**CDU-Initiativen
für die Plenarsitzungen
am 22. und 23. Oktober 2019**

1. Aktuelle Debatten
2. Antrag:
„Batteriezellentechnologie „Made in Rheinland-Pfalz“ – Landesunterstützung sicherstellen“
3. Antrag:
„Wichtige Arbeit der Pflegestützpunkte stärken, Stillstand beim Projekt Pflegemanager beenden“
4. Antrag:
„Organisierte Kriminalität und Geldwäsche effektiv bekämpfen – Einführung eines anonymen Hinweisgebers“

1. Aktuelle Debatten

- „Bedrohung der freiheitlichen Demokratie durch wachsenden Rechtsextremismus“
- „Landesregierung in Klimafragen völlig zerstritten – Klimaschutz gemeinsam voranbringen“

2. Antrag:

„Batteriezellentechnologie „Made in Rheinland-Pfalz“ – Landesunterstützung sicherstellen“

Mobilität im Umbruch

Die großen **Veränderungen im Bereich der Mobilität** und damit gerade auch innerhalb der Automobilindustrie stellen eine **große Herausforderung** dar. Zugleich sind damit **neue Chancen für den Fahrzeugbau und die Zulieferindustrie in Rheinland-Pfalz** verbunden. Diese müssen genutzt werden. Es handelt sich um eine der **Leitbranchen unserer Industrie**.

Alternative Antriebstechnologien

Eines der **zentralen Stichworte** in diesem Kontext lautet „**alternative Antriebstechnologien**“. Sie bilden die Voraussetzung, um die notwendige Reduzierung der CO₂-Emissionen zu erreichen. Für die CDU-Landtagsfraktion ist dabei klar, dass **keine Verengung auf einzelne Lösungen** erfolgen darf. **Notwendig ist Technologieoffenheit**.

Elektromobilität eine Lösung

Eine – wenn auch nicht alleinige – Lösung ist die **Elektromobilität (E-Mobilität)**. Im Mittelpunkt steht hier die **Frage der Energiespeicherung**, also der Entwicklung und Herstellung leistungsfähiger Batterien (Lithium-Ionen-Akkus) bzw. sog. Batteriezellen. Hier haben **asiatische Hersteller mit rd. 84 % einen dominierenden Marktanteil**. Um das Risiko von technologischen Abhängigkeiten und Wertschöpfungsverlust zu verringern, sollte die Batteriezellenfertigung in Deutschland ausgebaut werden.

Rheinland-Pfalz als Produktions- und Forschungsstandort voranbringen

Die **Ansiedlung von chinesischen Unternehmen** in Rheinland-Pfalz - wie von der Ministerpräsidentin auf ihrer China-Reise angesprochen - kann **nur eine Seite der Medaille** sein. Zugleich muss **vorrangiges Ziel** sein, **unabhängige Produktionsstandorte und Forschungseinrichtungen in diesem Sektor in Deutschland und Europa zu erhalten und weiterzuentwickeln**. Das gilt insbesondere für Rheinland-Pfalz, mit der Expertise speziell an der Universität Kaiserslautern. Die Nähe zu Frankreich ermöglicht grenzüberschreitende Projekte auf Exzellenzniveau. Investitionen in diesem Bereich schaffen **Wachstum und Arbeitsplätze** und **stärken den Wirtschaftsstandort** Rheinland-Pfalz.

Landesregierung muss aktiv werden

Bundeswirtschaftsminister Altmaier hat gemeinsam mit seinem französischen Amtskollegen ein **Förderprogramm zur Batteriezellentechnologie** angekündigt. Auch der bayerische Ministerpräsident spricht sich für eine eigene Fertigung aus. Diesen Beispielen muss die Landesregierung folgen. **Eigene politische und finanzielle Impulse** sind die Voraussetzung, um hier erfolgreich zu sein. Deshalb fordern wir die Landesregierung auf:

- sich klar zu positionieren, Projekte im Bereich der **Batteriezellentechnologie** in Rheinland-Pfalz **politisch zu unterstützen**;
- die Bereitstellung notwendiger **Komplementärfinanzierungen** zu prüfen, da nur so Batteriezellentechnologie „Made in Rheinland-Pfalz“ entstehen kann;
- einen Fokus auf **saubere Energie- und Recyclingsysteme** zu legen, um sich ein Alleinstellungsmerkmal im Vergleich zu den asiatischen Herstellern aufzubauen;
- **flankierende Maßnahmen** zu planen, damit diese bei einer Ansiedlung von Batteriezellenproduktion und/oder -forschung zeitnah umgesetzt werden können (z.B. die Schaffung **zusätzlicher Professuren** im vorhandenen Feld Elektro- und Hybridfahrzeuge an der TU Kaiserslautern, eine **Stärkung der betreffenden Gründungszentren**, die **Gewährleistung von Fachexpertise** in den Ministerien zur **Verzahnung von Wissenschaft und Industrie** sowie die **Vernetzung von Zulieferbetrieben bei der Umstellung auf Elektromobilität**).

3. Antrag:

„Wichtige Arbeit der Pflegestützpunkte stärken, Stillstand beim Projekt Pflegemanager beenden“

„Persönlicher Pflegemanager“ bisher leider nur PR-Gag

„**Persönlicher Pflegemanager**“, das klingt doch zunächst einmal gut. Das klingt nach Innovation, nach konkreter Hilfe für Pflegebedürftige und Angehörige, nach konstruktivem Handeln in Zeiten des demografischen Wandels. Das hat sich wohl auch die **Ministerpräsidentin** gedacht und **2015 die Einführung des „persönli-**

chen Pflegemanagers“ angekündigt. Als **Wahlversprechen** hat er Eingang in das **Wahlprogramm der SPD** gefunden: „Pflegemanager“ als Helfer im Pflegefall würden **ab 2016 schrittweise eingeführt**, hieß es dort. Dieses Versprechen sollte durch eine **Aufwertung der Pflegestützpunkte** mit mehr Personal und Kompetenzen realisiert werden. **Bislang allerdings ist das wohklingende Projekt nicht mehr als ein PR-Gag.**

Umsetzung Fehlanzeige

Trotz wiederholter Ankündigungen durch die zuständige Ministerin **tritt das Projekt bislang weitgehend auf der Stelle.** Denn weder wurden die **Aufgaben oder Tätigkeitsprofile** der angekündigten „Pflegemanager“ definiert noch die Vorteile gegenüber der bisherigen Ausstattung der Pflegestützpunkte plausibel vermittelt. Schlimmer noch: Es gibt **noch immer kein Umsetzungskonzept.** Das ist sehr bedauerlich, denn **bei den Betroffenen wurden hohe Erwartungen geweckt.**

Pflegestützpunkte nicht evaluiert

Die zentrale Rolle sollen in diesem Kontext die „**Pflegestützpunkte**“ einnehmen. Davon gibt es in **Rheinland-Pfalz 135.** Sie **beraten und unterstützen pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen** in allen Fragen rund um die Organisation von Pflege. Dazu gehört z.B. auch die Vermittlung von Pflegediensten, von Haushaltshilfen und eines Einkaufsservice. Um das leisten zu können machen sich die Fachkräfte der Pflegestützpunkte ein Bild vom Hilfe- und Pflegebedarf und **erarbeiten einen individuellen Hilfeplan.**

Um hier die notwendige **Effektivität** zu gewährleisten, müssen **Anzahl, Standort und Ausstattung der Pflegestützpunkte regelmäßig an die gesellschaftlichen Realitäten angepasst** werden. Dazu ist eine **Evaluation** im Hinblick auf veränderte regionale Bevölkerungsverteilungen, demografischen Wandel und zunehmendem Pflegebedarf **notig.** Dies umso mehr, wenn sie neu zugeschnittene bzw. zusätzliche Aufgaben übernehmen sollen. **Eine solche Überprüfung ist bislang allerdings nicht erfolgt.**

Was wir wollen

Wir halten es für dringend erforderlich, dass die Landesregierung endlich die **Bezugsgröße der Pflegestützpunkte** von landesweit durchschnittlich 30.000 Einwohnerinnen und Einwohnern **überprüft**. Es muss mit allen Beteiligten erörtert werden, welche Anzahl und Größe jetzt und in Zukunft für die kreisfreien Städte und Landkreise angesichts der Bevölkerungsentwicklung, der Zunahme des Pflegebedarfs und der Anforderungen tatsächlich notwendig ist.

Außerdem muss die Landesregierung endlich die **Aufgaben oder Tätigkeitsprofile der Pflegemanager definieren**, ihre Vorteile gegenüber der bisherigen Ausstattung der Pflegestützpunkte **vermitteln** und ein **Umsetzungskonzept erarbeiten**.

4. Antrag:

„Organisierte Kriminalität und Geldwäsche effektiv bekämpfen – Einführung eines anonymen Hinweisgebers“

Rheinland-Pfalz keine Insel der Seeligen

Unser Land ist sicherlich kein Schwerpunkt der Organisierten Kriminalität aber es ist auch **keine Insel der Seeligen**. Das zeigt das **Lagebild zur Organisierten Kriminalität**. Es gilt, die **Lage sachlich zu analysieren und daraus die richtigen Schlüsse zu ziehen**. Denn nur wenn wir **potentielle Gefahren erkennen**, können wir Schlimmeres verhindern.

Mafiöse Strukturen auch in RLP

In Rheinland-Pfalz gab es **im Jahr 2018 insgesamt 18 Verfahren im Bereich der Organisierten Kriminalität**. Gegenwärtig werden hier **27 Personen der italienischen Mafia** zugeordnet. Zugleich gibt es Anzeichen, dass die **russisch-eurasische Mafia in Rheinland-Pfalz aktiv** ist. Im Februar 2019 warnte das Bundeskriminalamt vor einer möglichen Ausbreitung **mafiöser Organisationen aus Nigeria**. Hintergrund sei der starke Zuzug nigerianischer Asylbewerber. Dies könne zu einem Aufwuchs „äußerst brutal agierenden nigerianischen Strukturen der organisierten Kriminalität führen“. Die **Zahl der von nigerianischen Tatverdächtigen in Rheinland-Pfalz begangenen Straftaten ist zwischen 2016 und 2018 deutlich angestiegen**.

Polizei hebt „Cyberbunker“ an der Mosel aus

Aufhorchen lässt auch das kürzlich von der Polizei ausgehobene und als „Cyberbunker“ bekannt gewordene **hoch-kriminelle Rechenzentrum in Traben-Trarbach** an der Mosel. Ermittelt wird hier wegen **Waffenhandels, Kinderpornografie und Drogenhandels**. Der Betreiber bewarb seine „Dienstleistung“ mit „höchsten Sicherheitsstandards“ bei **kriminellen Geschäften im Darknet** und soll über Beziehungen zur **Organisierten Kriminalität** verfügen.

Ausbreitung von Clankriminalität verhindern

Rheinland-Pfalz ist glücklicherweise kein Hot-Spot der **Clan-Kriminalität**. Der zunehmende **Verfolgungsdruck** in von dieser Kriminalitätsform betroffenen Bundesländern macht allerdings **Ausweich- und Absetzungstendenzen in die angrenzenden Bundesländer** wahrscheinlicher. Daher müssen **rechtzeitig Vorkehrungen** getroffen und Strukturen geschaffen werden, **um die Ansiedlung von kriminellen Clans in Rheinland-Pfalz zu erschweren** und bestenfalls zu verhindern. Dazu gehört zunächst einmal die **Auswertung der Kriminalstatistiken** im Hinblick auf mögliche Clan-Strukturen. **Das ist bisher nicht erfolgt**.

Bekämpfung der Organisierten Kriminalität komplex und schwierig

Ein Hauptproblem bei der **Bekämpfung von Organisierter Kriminalität** und der (Familien-) Clan-Kriminalität liegt darin, dass viele **Opfer aus Angst keine Anzeige erstatten**. Andere **nehmen ihre Anzeige aufgrund von Einschüchterung zurück**. Im Bereich der (Familien-) Clan-Kriminalität kommt erschwerend hinzu, dass der **Einsatz von verdeckten Ermittlern nahezu keine Aussicht auf Erfolg** hat. Denn die Clans zeichnen sich durch ethnische Geschlossenheit und abgeschottete, auf Familienzugehörigkeit reduzierte Strukturen aus.

Anonymes Hinweisgebersystem einführen

Notwendig ist deshalb die **Einführung eines anonymen Hinweisgebersystems**, das einen diskreten, sicheren und absolut anonymen Weg bietet, Straftaten ohne Sorge vor Repressalien anzuzeigen. Hierbei handelt es sich um ein **webbasiertes System, das dem Hinweisgeber ermöglicht, mit der Polizei schriftlich zu kommunizieren, ohne die eigene Identität zu offenbaren**. Eine **Rückverfolgung** auf den Sender ist **ausgeschlossen**. Die Aufklärung von Straftaten und die Verurteilung der potentiellen Täter werden dadurch wahrscheinlicher. Die **Landesregierung** muss daher dem Beispiel andere Bundesländer, wie beispielsweise Niedersachsen und Baden-Württemberg, folgen und **ein solches System bereitstellen**.